

Wer stimmt der Vorlage der Verwaltung zu, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einigen wenigen Stimmen dagegen und Enthaltungen ist das mehrheitlich so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 6.10

Wir sind beim Tagesordnungspunkt 6.10, B-200 aus 2008, Einreicher ist das Dezernat 3 – mit dem sehr schönen langen Titel – Satzung der Stadt Chemnitz über die Aufhebung der Satzung der Stadt Chemnitz zur Erhebung von Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen nach dem Fleisch- und Geflügelfleischhygienegesetz kürzer gesagt Fleischhygienegebührensatzung und der Satzung der Stadt Chemnitz zur Erhebung von Gebühren und Auslagen für BSE-Untersuchungen BSE-Untersuchungskostensatzung.

Das ist vorberaten worden im Verwaltungs- und Finanzausschuss am 04.09. einstimmig bestätigt. Gibt es Verhandlungsbedarf? Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer seine Zustimmung gibt, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen. Und wir arbeiten noch dran wie wir das kürzer fassen können.

Tagesordnungspunkt 6.11

Wir sind bei 6.11, B-214, Dezernat 2 – Veräußerung des Flurstückes 118 v der Gemarkung Schloßchemnitz.

Einstimmig bestätigt bei der Vorberatung Verwaltungs- und Finanzausschuss 04.09. Gibt es Verhandlungsbedarf? Das ist nicht der Fall.

Wer stimmt zu? – Danke. – Dagegen? – Enthält sich? – Einstimmig beschlossen.

Tagesordnungspunkt 6.12

Wir sind beim 6.12, Beschlussvorlage B-178, Einreicher ist das Dezernat 3, wobei die Zuständigkeit hier für jetzt auf das Dezernat 1 und die Zuständigkeit ist auf das Dezernat 3 übergegangen. Es geht um das Rahmenkonzept zum Lokalen Aktionsplan für Toleranz und Demokratie gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit der Stadt Chemnitz.

Es gab eine umfangreiche Vorberatung: Verwaltung- und Finanzausschuss am 03.07. ohne Empfehlung, Kultur- und Sportausschuss hat das am 10.07. diskutiert und mehrheitlich bestätigt, der Jugendhilfeausschuss hat am 26.08. darüber diskutiert und einstimmig empfohlen, der Agenda-Beirat hat am 27.08. mit gesprochen und diskutiert, war aber nicht beschlussfähig. Die anwesenden Mitglieder haben aber die Vorlage befürwortet, der Sozialausschuss hat am 28.08. diskutiert und mehrheitlich bestätigt und der Ausländerbeirat hat am 09.09. diskutiert und einstimmig bestätigt.

Gibt es dazu Aussprachebedarf? Herr Zschocke bitte.

Herr Zschocke, V.: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren, der Kampf gegen Rechts steht oft in Gefahr zu einem Schlagwort zu verkommen. Der Grund liegt darin, dass diese Formulierung vom eigentlichen Problem ablenkt. Denn nicht die Rechtsextremisten, die auf den Straßen in den Parlamenten ihre Ideologie absondern sind

Kern des Problems, sondern der Resonanzboden in unserer Gesellschaft, auf welchen diese Ideologie seit vielen Jahrzehnten stößt.

Unter der Überschrift vom Rand zur Mitte untersuchte die Friedrich-Ebert-Stiftung im Jahr 2006 rechtsextreme Einstellungen und Ihre Einflussfaktoren und kam dabei zu dem nicht wirklich überraschenden Ergebnis, dass die Elemente rechtsextremistischen Denkens wie zum Beispiel Ausländerfeindlichkeit, ... Antisemitismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus und die Befürwortung einer Diktatur sehr weit verbreitet sind. Aber nicht alle so eingestellten Bürgerinnen und Bürger wählen immer gleich rechtsextrem, viele wählen auch die großen Volksparteien. Die Ebert-Studie hat zu dem auch herausgearbeitet, dass nicht wenige Mitglieder zum Beispiel auch von Gewerkschaften und Kirchen, das rechtsextremistische Weltbild teilen.

Meine Damen und Herren, ich möchte das vorliegende Rahmenkonzept zum Lokalen Aktionsplan für Toleranz und Demokratie eben gerade nicht zum Anlass für eine kämpferische Rede gegen Rechtsextremisten in unserer Stadt nehmen. Mir geht es vielmehr darum den Blick auf uns selbst zu richten, wie aktiv und selbstbewusst treten wir in unserer Stadt für die Werte der Demokratie ein, welche demokratische Kultur herrscht hier in unserem Haus, wie ernst nehmen wir es zum Beispiel mit Bürgerbeteiligung, wenn sich Gruppen oder Initiativen laufstark und unaufgefordert zu Wort melden und sich gegen Entscheidungen der Politik auflehnen. Wie transparent machen wir unsere Arbeit, unsere Entscheidung, unsere Entscheidungsprozesse und die Grundlagen dafür gegenüber den Menschen. Ich könnte hier noch viele solche Fragen formulieren. Eins möchte ich aber damit herausarbeiten – die Stärke der Rechtsextremisten erwächst immer auch aus der Schwäche der Demokratie auch aus der Schwäche unserer kommunalen Demokratie. Daraus folgt zunächst, dass wir das zumeist sehr nüchterne Verfahren unserer Entscheidungsfindung so ausgestalten müssen, dass die Menschen nicht nur das Gefühl haben, es wurde über ihren Kopf hinweg entschieden, als spielten ihre Sichtweise und Meinung keine Rolle. Aber vor allen müssen wir klar machen, dass Demokratie eben nicht nur ein nüchternes Verfahren für politische Entscheidungsfindung ist, sondern den Werten der Würde, Freiheit und Gleichheit aller Menschen unserer Stadt, in unserem Land und natürlich weltweit verpflichtet sind. Und dieses ist das entscheidende Merkmal das Unterscheidungsmerkmal und die Grenzlinie, die wir hier ziehen müssen, denn Rechtsextremisten gestehen diese Freiheit allenfalls Menschen zu, die von ihnen wie auch immer als volksangehörig bzw. deutsch definiert werden. Das heißt nur im Rahmen ihrer autoritär völkischen Werteordnung.

Der Aktionsplan soll helfen, dass die Menschen in unserer Stadt diese oftmals nicht klar erkennbare oder bewusst verschleierte Grenzlinie im Alltag erkennen und in Konfrontationssituation entschlossen reagieren können. Dies gilt gleichermaßen zum Beispiel auch für Unternehmen die Räume vermieten, Medienvertreter, die über Personen oder Ereignisse berichten, für Stadtverwaltungsmitarbeiter und natürlich auch für uns Stadträte. Dazu gehört neben der Aufklärung über die modernen Erscheinungsformen rechtsextremer Subkultur auch die konkrete Auseinandersetzung mit der Ideologie und Strategie sowie den Kampagnen der Rechtsextremisten. Diese Auseinandersetzung und das möchte ich herausstellen, darf sich aber eben gerade nicht im Gerede über die wehrhafte Demokratie oder den Ruf nach Verboten, Polizei und Verfassungsschutz erschöpfen. Weil wir diese Auseinandersetzung damit allein nicht führen können brauchen wir eine breite Unterstützung vieler Menschen und Initiativen in unserer Stadt und genau hier setzt das Beteiligungsverfahren Lokaler Aktionsplan an. Es wäre auch falsch den Lokalen Aktionsplan ausschließlich auf Jugendliche oder Schulen auszurichten, denn die Schwäche demokratischen Denkens und Handelns ist. Das hat auch die Ebert-Studie erneut klar gestellt

ist kein Jugendproblem allein. Wir müssen in Verwaltung und Rat auch davon wegkommen jedes Problem im Zusammenhang mit Rechtsextremismus erstmal zum Jugendamt zu schieben.

Meine Damen und Herren, am Ende meiner Ausführung möchte ich eins deutlich herausstreichen. Der Prozess, der hier begonnen werden soll, der Lokale Aktionsplan, ist keine Verordnung oder das wird auch kein Instrument mit dem Menschen zu einem bestimmten Verhalten genötigt werden sollten. Ein freiheitlicher Staat kann von seinen Bürgern eben kein bestimmtes politisches Bekenntnis auch keins zur Demokratie verlangen. Demokratische Gesinnung kann weder verordnet noch mit staatlichen Zwang durchgesetzt werden. Wer derartiges dieser Beschlussvorlage unterstellt, der hat sie nicht gelesen oder auch nicht verstanden. Es geht vielmehr darum, möglichst viele Menschen in unserer Stadt für die demokratischen Werte der Freiheit, Gleichheit und Toleranz zu gewinnen. Der Stadtrat kann heute und natürlich in den kommenden Haushaltsverhandlungen seine Verantwortung übernehmen, die er in diesem Bereich hat und den Rahmen dafür schaffen, dass wiederum möglichst viele Menschen, Nachbarn, Mitschüler, Kollegen usw. usf. die Intoleranz, die Fremdenfeindlichkeit und Gewalt in unserer Gesellschaft entschlossen zurückdrängt.

Ich möchte abschließen mit einem Zitat des SPD-Fraktionsvorsitzenden aus dem Sächsischen Landtag Martin Tullich, was mich sehr beeindruckt hat, weil es das eigentlich auf dem Punkt bringt- „Wir brauchen eine Kultur des Widerspruchs auf allen Ebenen“. Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin: Herr Haubold, bitte.

Herr Haubold: Haubold, Fraktion DIE REPUBLIKANER/Deutsche Soziale Union – werte Damen und Herren, dass wir und Sie hier und heute als demokratisch und frei vom Volk gewählte Fraktionsmitglieder in diesem Ratssaal mitbestimmen können, verdanken wir dem Grundgesetz. Genauer gesagt, den Vorschriften über Gleichbehandlungsgrundsätze, Meinungs- und Pressefreiheit, über das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit und das der Unabhängigkeit der Justiz. Leider gibt es bei uns aber Kräfte an den Hebeln der Macht, die immer wieder die Regeln des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates mit Füßen treten. Besagte Gegner der freiheitlichen Grundordnung unseres Landes würden diese Errungenschaften gern abschaffen und sie unternehmen alles nur denkbare, nämlich sie höhlen die Grundrechte nach Kräften aus und unterminieren die Freiheit, wo es nur geht. Das Konstrukt der heutigen Beschlussvorlage wäre ein Schritt in diese Richtung. Wir rufen uns den Artikel 3 des Grundgesetzes in Erinnerung, niemand darf wegen seiner religiösen und politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Da auch wir als Mitglieder der Fraktion DIE REPUBLIKANER/DSU bzw. der Partei DIE REPUBLIKANER stets in den Topf des organisierten Rechtsextremismus gedrückt werden, sehe ich mich gezwungen näher auf die unerträglich verunglimpfende ... frei gewählter Volksvertreter einzugehen und werde dabei meine Redefreiheit in vollem Umfang ausschöpfen.

Die abgedroschenen Worthilfen wie Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus sind doch Gängelbänder der Meinungsfreiheit und sollen nur dazu herhalten die Kritiker einer verfehlten Politik mundtot zu machen. Gewalt ist kein rechtes Phänomen die rituellen ... in diese Richtung verschleiern nur die eigentlichen Ursachen der Gewalt und sollen vom Versagen der etablierten Parteien ablenken. Die zunehmende Brutalität in unserer Gesellschaft muss an der Wurzel bekämpft werden. Und zu den Wurzeln des Problems gehört die Zerstörung einer verbindlichen Werteordnung, ebenso wie die unerträgliche Flut von Gewaltdarstellung in den Medien. Die kulturelle ... durch die anhaltende Massenzuwanderung und die Herausbildung ethnischer Gettos in unseren Städten

bürgt weitere Konfliktgefahren. Die Regeln des Rechtsstaates müssen für alle gelten. Das Gewaltmonopol des Staates muss konsequent durchgesetzt werden, damit alle in Sicherheit leben können. Linksextreme, die unter dem Vorwand des Antifaschismus menschenverachtende Gewaltexzesse und militante Aktionen gegen staatliche Ordnungskräfte auf unseren Straßen veranstalten, müssen ebenso hart angefasst werden, wie andere radikale Gewalttäter gleich welcher Gesäßgeografie, die auch angehören mögen. Und auch das Thema Ausländergewalt darf kein Tabu mehr sein.

Nicht wenige Deutsche haben noch nie einen gewaltbereiten sogenannten Neonazis gesehen sind aber verzweifelt über die Brutalität ausländischer Straftäter oder weil sie ihr Kind aus Angst vor ausländischen Schlägern nicht mehr in die Schule traut. Wir von der Fraktion DIE REPUBLIKANER/DSU verurteilen stets jede Form von Gewalt gleichgültig, ob sie von Deutschen oder Ausländern, Linken oder Chaoten ausgeht oder sich gegen diese Gruppe selbst wendet, Gruppen selbst richtet. Im Unterschied zu anderen politischen Gruppierungen lehnen wir auch alle Gewalttaten gegen Privateigentum bzw. jeden Vandalismus ab. Von all diesen Grundpfeilern einer gelebten Demokratie ist diese Beschlussvorlage weit entfernt. Sie wäre im wahrsten Sinne des Wortes ein Büchsenöffner für Ermächtigungen gegen die für alle Bürger verbrieft Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit, wie wir sie 1989 unter lebensbedrohlichen Umständen erkämpft haben.

Im Kampf gegen Rechts setzt der Staat und durch diese Beschlussvorlage ebenso die Stadt immer mehr auf repressive Mittel und offensichtliche Grundrechtseinschränkungen. Auf der Agenda stehen da unter anderem Demonstrationsverbote, Strafrechtsverschärfungen und die Ausweitung der Telefonüberwachung. Die Parteien überbieten sich hierbei mit immer weit reichenden Vorschlägen. In diesem Bündnis gegen Rechts sind neben den einzelnen Bundesministerien auch die Ausländer- und Aussiedlerbeauftragten der Bundesregierung, die Länder und Kommunen, Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften, Medien, Sportverbände, die Universitäten, Stiftungen und die regionalen Aktionsbündnisse zusammengeführt und vernetzt. Eine eindrucksvolle solidarische Einheitsfront und das alles gegen den ominösen Staatsfeind Nummer 1. Wichtig für diesen ganzen Staatszirkus ist doch, dass auf längerer Zeit hin möglichst viel Alimientierkohle fließt, also Steuergelder ... werden können und dann noch Preise zu vergeben sind, wie Anfang dieses Jahres in Mittweida. Und das dies ein inszenierter Schwindel war und die ausgezeichnete Heldin, die mittlerweile wegen Vortäuschung einer Straftat selbst angeklagt wurde, spielt aber keine missale und politische Rolle mehr. Wichtig war nur die Anfang mit Hysterie betriebene Nestbeschmutzung. Fakt ist, dass sich nicht eine einzige der rund 2 Dutzend Geschichten von Rechtsradikalen Hackenkreuzritzereien, die seit Beginn der 90iger Jahre Schlagzeilen machten, sich als wahr herausgestellt haben. Alle waren samt und sonders erdacht und erlogen. Ich erinnere daran vom Rollstuhlmädchen in Halle, über die angeblich in einer Tiefgarage in Düsseldorf von Skinheads überfallene Koreanerin, bis hin zum Hakenkreuzmädchen Dominique aus Bautzen. Immer wieder gab es psychisch gestörte junge Frauen, die behaupteten, Neonazis hätten ihnen irgendwo am Körper Hakenkreuze eingeritzt.

Und da dies eine recht ausgedehnte Beschlussvorlage ist, möchte ich demzufolge auch auf einen weiteren Sachverhalt eingehen. Erwähnt wird eine subtile Organisation mit Namen „Sturm 34“ hier eine amtliche Aussage von Berlins ehemaligem Innensenator Eckard Wertebach von der CDU. Na gut, wir sind kein Polizeistaat und wollen auch kein Polizeistaat werden. Aber ich habe gesagt wir müssen die Szene verunsichern, wir müssen möglichst viele V-Leute einschleusen in die Szene, also in die rechtsextremistischen Organisationen und Parteien um zu wissen was dort gedacht wird und welche Pläne bestehen. Mittlerweile ist bekannt, dass führende Mitglieder dieser Organisation also „Sturm 34“ eingeschleuste ...

gewesen sind. Und wer das hier weiterdenkt, den kann das kalte Grausen kommen. Wer hat nun zum Beispiel das Horst Wessel-Lied gesungen? Oder den verbotenen Gruß mit gleichzeitig gestrecktem Arm geleistet? Ein Echter oder ein Falscher war es, der geheime möchte es einen Schütteln weil er letztlich im Staatsdienst ist. Erst vor wenigen Monaten zog Professor Dr. Dr. Winfried ... seine rote Robbe mit ... als Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichtes aus und jetzt äußerte er sich, wahrscheinlich befreit von gewissen Zwängen seines hohen Amtes, in einem Interview in der Süddeutschen Zeitung zu aktuellen Fragen. Leider ist aber dem Professor nicht die grundsätzliche Frage gestellt worden, warum sich jemand in der Bundesrepublik anmaßen darf, die Meinung der Bürger vorzubestimmen. Solches maße sich beispielsweise das Politbüro der SED an und zog sich von der denkenden Bevölkerung sogleich den Spottnamen Besitzer der ewigen Wahrheit zu. Auf die Frage, ob es falsch gewesen sei, dass NPD Verbotsverfahren aus formalen Gründen zu stoppen, weil der Staat seine V-Leute bei den Rechtsextremisten nicht enttarnt habe, erklärte Prof. *Hassinger*, die Grundlage einer Beweisführung muss sauber sein. Und es war nicht klar, was wirklich von der NPD und was von den eingeschleusten V-Leuten stammte. Auf dieser Basis hielt und halte ich eine faire Zurechnung für ausgeschlossen.“ Soweit das Zitat von Herrn *Hassinger*, ehemaliger Vizepräsident des Bundesverfassungsgericht. Und lassen wir nun zum Schluss noch Herrn Hartmut Verse, Direktor des Landesamtes für Verfassungsschutz in Hessen, zu demokratischen Grundwerten Stellung beziehen. Und hierunter fanden sich unter anderen Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, Chancengleichheit für alle politischen Parteien, das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition und der Ausschluss jeder Gewalt, ich betone, jeder Gewalt und Willkürherrschaft. Die Missachtung dieser Werte wurde von Verse als Maßstab zur Bewertung von Extremismus aufgeführt.

Mit der heutigen Beschlussvorlage will man ganze Bevölkerungsgruppen dazu bringen sich gegenseitig auszuschneffeln und zu verdächtigen, wie damals in der Stasi-DDR. Weil die Verwaltung durch die heutige Beschlussvorlage nur in eine Richtung manipulativ als Repressionsapparat zum Einsatz gebracht werden soll, aber die andere Seite des ... der gewaltbereiten Antifa, welche Deutschland also den Rechtsstaat nach ihren Veröffentlichungen abschalten will, mit keiner Silbe erwähnt wird, stimmen wir dieser Vorlage nicht zu. Fordern jedoch für das Dezernat 3 bzw. 1 die Beobachtung durch den Verfassungsschutz. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Oberbürgermeisterin: Gibt es weitere Wortmeldungen? Ich sehe die Frau Kleinertz.

Frau Kleinertz: Wir alle wissen aus den Erfahrungen in unserer Geschichte was politischer Extremismus anrichten kann. Unsere Demokratie in der Wahrung der Menschenrechte zum gegenseitigen Respekt und mit dem Respekt, Recht auf Selbstbestimmung und Freiheit wird immer wieder gefährdet von machtbesessenen Demagogen, die ihre Ideologie über die Menschlichkeit stellen. Manchmal sind das schleichende Prozesse im Alltag, die fast unbemerkt ablaufen und den Boden für extremistisches Gedankengut bereiten. Dazu zählen das Schönreden eigener Versäumnisse und die Verklärung der eigenen Vergangenheit, wo nicht mehr zwischen privaten Erleben und politischen Gegebenheiten differenziert wird. Andere Extremisten werden publikumswirksam über populistische Forderung und Provokation. Historische Fakten werden verfälscht dargestellt, in dem Versuch das kollektive Gedächtnis zu verändern. Jugendliche Mitbürger ohne die eigene Erfahrung von Diktatur und Gewalt werden so anfällig für extremes Gedankengut. Das öffentliche Ansehen in den neuen Bundesländern und besonders im Sachsen leidet unter dem Image politischen Extremismus Raum zu geben.

In seiner Regierungserklärung vom 18. Juni 2008 betonte Ministerpräsident Stanislav Tillich Arbeit, Bildung und Solidarität als Grundprinzipien seiner Politik im Freistaat der Freiheit für jeden Einzelnen. Er betonte ausdrücklich die Wichtigkeit des Ehrenamtes von Engagement für das Zusammenwachsen Europas und gegen Fremdenfeindlichkeit und politischen Extremismus. Unsere Landesregierung hat auf extremistische Tendenzen in unserem Land reagiert und auch 2008 ein umfangreiches Förderprogramm für ein weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz aufgelegt. Zitat: „Der Freistaat Sachsen gewährt nach Maßgabe dieser Richtlinie Zuwendung für Projekte und Maßnahmen, die die demokratische Kultur in Sachsen fördern und die freiheitlich demokratische Grundordnung stärken. Gefördert werden dabei unter anderem Projekte gegen Extremismus, Rassismus und Antisemitismus, demokratische Werte sollen dabei gestärkt und bürgerschaftliches Engagement unterstützt werden sowie die Toleranz und Akzeptanz unterschiedlicher religiöser, kultureller, ethischer Zugehörigkeiten oder sexueller Orientierung.“ Aus diesem Programm, wo die Erarbeitung des Rahmenkonzeptes der Stadt Chemnitz mit 7.500 Euro gefördert wie wir wissen. Zusätzliche Förderung erhielten 2008 ebenfalls mehrere freie Träger aus Chemnitz, wie z. B. das Netzwerk für Kultur- und Jugendarbeit e. V. Damit der Lokale Aktionsplan der Stadt Chemnitz überhaupt Erfolg haben und seine Wirkung erfolgen kann ohne auf dem Papier stehen zu bleiben, ist es jedoch unbedingte Voraussetzung auf seine politische Neutralität hinzuweisen. Er würde in der öffentlichen Wahrnehmung unglaubwürdig, sollte eine politische einseitige Vereinnahmung von ihrer einen Seite angestrebt werden. Der Kampf gegen demokratiefeindlichen Extremismus darf nicht als Spielball parteipolitischer Etablierung und Rehabilitierungsversuche missbraucht werden. Damit würde das wichtige bürgerschaftlichen Engagement für unser Land kontrahiert. Die unrömischen Diktaturen Deutschland mit ihren Auswüchsen und Strukturen dürfen nicht in Vergessenheit geraten. Geschichte darf nicht verfälscht werden. Was wahr ist muss wahr bleiben. Ein demokratisches Sachsen braucht Weltoffenheit, Demokratie und Toleranz, das ist die Grundlage unserer gemeinsamen politischen Arbeit. Deshalb wird meine Fraktion dieser Vorlage natürlich zustimmen. Danke.

Oberbürgermeisterin: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das kann ich nicht sehen. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer dieser Vorlage seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – So ist das mit ganz wenigen Gegenstimmen und ganz großer Mehrheit beschlossen.

Tagesordnungspunkt 6.13

Wir sind beim Tagesordnungspunkt 6.13, Beschlussvorlage B-199 aus 2008, Einreicher ist Dezernat 5 – Rahmenvereinbarung zwischen der Kommune und den freien Trägern über die Aufbringung der Betriebskosten der Kindertageseinrichtungen gemäß § 17 Sächsisches Gesetz zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen das heißt das Sächsische Kindertagesstättengesetz.

Es gab eine Vorberatung mit einer einstimmigen Bestätigung durch den zuständigen Jugendhilfeausschuss am 26.08.

Und die Frau Lüth möchte noch eine redaktionelle Änderung zu Protokoll geben. Bitte.

Frau Lüth: Vielen Dank Frau Oberbürgermeisterin, ich bitte um Entschuldigung, dass ich Sie verehrte Stadträte damit belästigen muss. Aber in der Anlage 1 Seite 2 § 4 Absatz 4 Satz 1 muss es heißen, statt Zustand Umfang. Ich bitte das zu streichen. Und da das gleiche im